

Tempo 30

In der Regel Tempo 30

Nach dem Regierungswechsel im Bund hofft Bremen auf ein stadtweites Geschwindigkeitsgebot

JÜRGEN HINRICHS

Bremen/Hannover. Die Einführung von Tempo 30 kommt in den Städten nur im Schneckentempo voran. Das könnte jetzt anders werden, nachdem Bundesverkehrsminister Volker Wissing (FDP) angekündigt hat, den Kommunen in der Frage mehr Handlungsspielraum zu geben. Bremen wartet sehnlich darauf, in Niedersachsen wird dagegen noch blockiert.

In der Hansestadt könnte es nach dem Willen des Verkehrsressorts darauf hinauslaufen, dass Tempo 30 zur Regelgeschwindigkeit wird. Einzelne Zonen und Straßen müssten dann nicht mehr mit Schildern entsprechend ausgewiesen werden. An den großen Ausfallstraßen soll nach diesem Konzept Tempo 50 gelten.

„Die Initiative von Bundesverkehrsminister Wissing geht in die richtige Richtung“, sagt Bremens Mobilitätssenatorin Maike Schaefer (Grüne). Wesentlich besser sei jedoch die Forderung vieler deutscher Städte, der sich auch Bremen angeschlossen habe, über die Straßenverkehrsordnung die Regelgeschwindigkeit innerorts grundsätzlich auf Tempo 30 zu verringern. Auf den breiten Straßen, die aus den Städten herausführten, könnten die Kommunen dann Tempo 50 verhängen. Schaefer: „Nur so baue ich den gigantischen Schilderwald ab und Sorge für klare Verhältnisse.“ Das geringere Tempo werde den innerstädtischen Verkehr nicht einschränken und die Aufenthaltsqualität der Menschen deutlich erhöhen. Vor allem aber sei es ein Beitrag zur Verkehrssicherheit – zum Vorteil der Fußgänger und Radfahrer. Zudem werde sich der Verkehrslärm reduzieren und die Belastung der Luft durch Schadstoffe geringer.

Wissing hatte in einem Interview mit dem Berliner „Tagesspiegel“ die Tür für mehr Tempo 30 in den Städten weit aufgemacht: „Die Kommunen vor Ort wissen am besten, was für ihre Bewohner gut ist. Deshalb bin ich offen für unterschiedliche Lösungsansätze und Experimentierfelder“, sagte der FDP-Politiker. Er habe gute Erfahrungen damit gemacht, hier nicht ideologisch, sondern flexibel vorzugehen. Die Städte könnten die Flexibilität nutzen, um den Rad- und Fußverkehr sicherer zu machen oder um Menschen besser vor Lärm zu schützen. „Nicht überzeugt bin ich aber von einem flächendeckenden Tempo 30“, so der Minister. An Durchgangsstraßen sei diese Geschwindigkeitsbegrenzung „eher weniger sinnvoll“.

Die Straßenverkehrsordnung ermöglicht Tempo 30 auf Hauptstraßen derzeit nur, wenn eine Gefahrensituation nachgewiesen ist. Das kann vor Seniorenheimen sein, vor Kindergärten, Krankenhäusern oder Schulen. Nach Auskunft des Amtes für Straßen und Verkehr (ASV) gibt es in Bremen insgesamt 800 sensible Einrichtungen, die an größeren Straßen liegen. „An 720 dieser Stellen ist seit Ende 2016 bereits Tempo 30 eingerichtet worden, die übrigen Fälle werden derzeit noch geprüft“, erklärt ASV-Sprecherin Andrea Voth. Eine genaue Anzahl von Straßen in Bremen, in denen Tempo 30 gilt, habe ihre Behörde nicht vorliegen.

Vor einem halben Jahr haben die sieben Städte Aachen, Augsburg, Freiburg, Hannover, Leipzig, Münster und Ulm eine Initiative für Tempo 30 gestartet. Bremen schloss sich dieser Forderung sofort und ausdrücklich an. Teil des Bündnisses, dem mittlerweile 70 Kommunen angehören und das vom Deutschen Städtetag unterstützt wird, ist die Stadt bisher aber nicht. Zu den Vorschlägen der Initiatoren gehören Modellversuche. Möglich sind sie nur mit Zustimmung des Bundes, die den Städten bis zum Regierungswechsel aber versagt blieb. Nach den Äußerungen des Bundesverkehrsministers sind die Chancen für solche Verkehrsexperimente gestiegen. Bremen hatte angekündigt, dabei mitmachen zu wollen.

Die Region Hannover wollte 2020 vorangehen und hatte seine 20 Mitgliedskommunen dazu eingeladen, Ortsdurchfahrten zu melden, in denen vorübergehend Tempo 30 eingeführt werden soll. Das Projekt war auf drei Jahre angelegt. Sein Ziel: Erkenntnisse zu den Auswirkungen auf das Unfallgeschehen, zur Lärmbelastung und zu den Umweltschäden. Die Resonanz war enorm, 19 Kommunen meldeten mehr als 100 Straßen. Starten konnte der Versuch bisher aber nicht. Das Land Niedersachsen legte ein Veto und verweist bis heute auf die Zuständigkeit des Bundesverkehrsministeriums. Solange es von dort kein Okay gebe, sei nichts zu machen.

Die Regionsfraktion der Grünen spricht von einer Verzögerungstaktik und nimmt jetzt den neuen Bundesverkehrsminister in die Pflicht: „Wir hoffen, dass Volker Wissing sich schnell einarbeitet und die drängenden Verkehrsthemen angeht“, sagt Doreen Römer, verkehrspolitische Sprecherin ihrer Fraktion. Das Pilotprojekt zu Tempo 30 müsse nun schnellstmöglich umgesetzt werden: „Wir wollen endlich die Mobilitätswende umsetzen: saubere Luft, weniger Lärm und Unfälle auf den Straßen unserer Region.“
